

## Fragen

für die Fragestunde der 182. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 15. Oktober 2008

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	1	Dr. h. c. Michelbach, Hans (CDU/CSU) ....	58, 59
Dreibus, Werner (DIE LINKE.) .....	24, 25	Möller, Kornelia (DIE LINKE.) .....	28
Dyckmans, Mechthild (FDP) .....	17	Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	18, 19
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.) ....	16, 50	Pau, Petra (DIE LINKE.) .....	11, 42
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	40, 41	Reinke, Elke (DIE LINKE.) .....	45, 51
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	9	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	14, 52
Dr. Happach-Kasan, Christel (FDP) .....	53, 54	Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	38, 39
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	2, 3	Dr. Schui, Herbert (DIE LINKE.) .....	22, 23
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) .....	48, 49
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.) .....	7, 8	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	43, 44
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.) .....	33, 34	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	15, 35
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	60, 61	Thiele, Carl-Ludwig (FDP) .....	20, 21
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	4, 10	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.) .....	26, 27
Lenke, Ina (FDP) .....	57	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	12, 13
Leutert, Michael (DIE LINKE.) .....	46, 47	Wunderlich, Jörn (DIE LINKE.) .....	55, 56
Lötzer, Ulla (DIE LINKE.) .....	29, 30	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.) .....	36, 37
Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.) .....	31, 32		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	15

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

1. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Warum legt die Bundesregierung den Antrag zur weiteren Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Operation Enduring Freedom (OEF) nicht so rechtzeitig vor, dass im Deutschen Bundestag noch in dieser Sitzungswoche die erste Beratung erfolgen kann, und wie erklärt sie dieses Verhalten vor dem Hintergrund, dass keine Beschlüsse internationaler Gremien (z. B. NATO-Rat, UN-Sicherheitsrat) abgewartet werden müssen, da das Mandat eine „Coalition of the willing“ betrifft und auch noch sieben Jahre nach dem 11. September 2001 allein auf dem Selbstverteidigungsrecht der USA gegründet wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

2. Abgeordnete  
**Britta Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Gibt es einen Langzeitsicherheitsnachweis für Gorleben, und wie bewertet die Bundesregierung die Aussage von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, sie habe „keine Lust“, in Deutschland nach alternativen Standorten zu Gorleben zu suchen (siehe Meldung der dpA vom 5. September 2008)?
3. Abgeordnete  
**Britta Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Ist für die weiteren Maßnahmen beim Forschungsbergwerk Asse II eine Bürgerbeteiligung vorgesehen, und falls ja, in welcher Form?
4. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche Ergebnisse wurden ggf. bei den Gesprächen, die vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, anlässlich der Ausschussanhörung zum Forschungsbergwerk Asse II zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen angekündigt wurden, in denen die Frage erörtert wurde, ob die Energieversorgungsunternehmen bereit sind, sich stärker an den Kosten für die Entsorgung von deutschem Atommüll zu beteiligen, erzielt, und falls diese Gespräche nicht stattfanden, welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um sie einzuleiten?\*)

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 10.

5. Abgeordneter  
**Peter Hettlich**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gibt es einen Schriftwechsel zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz und der Rechtsanwaltskanzlei „Heinemann und Partner“, der die rechtliche Erörterung einer Schließung des Forschungsbergwerks Asse II zum Gegenstand hat, und ist die Bundesregierung bereit, dem Parlament diesen Schriftwechsel zur Verfügung zu stellen?
6. Abgeordneter  
**Peter Hettlich**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gibt es Akten oder Gesprächsvermerke zur Erarbeitung des Sonderbetriebsplans 18 (also Akten aus den Jahren bis 2007, in denen Aktivitäten dokumentiert wurden, die im Vorfeld der Erarbeitung des Sonderbetriebsplans 18 stattfanden), und welche Erklärung hat die Bundesregierung gegebenenfalls dafür, dass keine oder nur sehr wenige Akten und Gesprächsvermerke existieren?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

7. Abgeordnete  
**Cornelia Hirsch**  
(DIE LINKE.)
- In welchem Verhältnis steht der Vorschlag der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, zur Gründung einer „Offenen Universität“ (vgl. FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 2. Oktober 2008) zu dem Ziel, die Hochschulen flächendeckend für Bewerberinnen und Bewerber ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung zu öffnen, und in welchem Umfang ist die Einrichtung einer Offenen Universität im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2009 berücksichtigt?
8. Abgeordnete  
**Cornelia Hirsch**  
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Sinne der vom Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Andreas Storm am 24. September 2008 im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages angekündigten Bereitstellung von Informationen über den Erarbeitungsprozess des Deutschen Qualifikationsrahmens unternommen, bzw. welche Informationen wird es wann veröffentlichen, um den angestrebten „breiten Dialog“ zu ermöglichen?

9. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die angesichts der aktuellen Finanzmarktkrise vollzogene Erhöhung der Zinssätze für die Studienkredite der KfW Bankengruppe von 5,95 Prozent (Zinssatz von Dezember 2006) auf 7,05 Prozent (seit 1. Oktober 2008 gültiger Zinssatz), und welche hochschulpolitischen Konsequenzen und Schlüsse zieht die Bundesregierung für ihr aktuelles und künftiges Handeln daraus?
10. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gibt es Schweigeklauseln in den Verträgen zwischen dem Helmholtz-Zentrum München und seinen mit dem Forschungsbergwerk Asse II befassten Mitarbeitern bzw. ehemaligen Mitarbeitern (siehe Artikel „Atomfässer müssen aus der Asse raus“, Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 7. Oktober 2008), und falls ja, beabsichtigt die Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass diese Stillschweige-Vereinbarungen aufgehoben werden?\*)

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

11. Abgeordnete  
**Petra Pau**  
(DIE LINKE.)
- Auf wessen Veranlassung hin sind die rund 150 Elitopolizisten der GSG 9 – nach ihrem geplanten Einsatz zur Befreiung entführter Geiseln in der Sahara – unvermummt vor laufenden Kameras und fotografierenden Journalisten über das Rollfeld des Flughafens Berlin-Tegel marschiert, und was unternimmt die Bundesregierung, um zukünftig die Sicherheit dieser Beamten zu gewährleisten (vgl. DER SPIEGEL vom 6. Oktober 2008)?
12. Abgeordneter  
**Wolfgang Wieland**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Änderung des Grundgesetzes für den Einsatz der Bundeswehr im Innern plant die Bundesregierung, und in welchen Fällen soll der Einsatz der Bundeswehr auch mit spezifisch militärischen Mitteln innerhalb Deutschlands ermöglicht werden?

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 4.

13. Abgeordneter  
**Wolfgang Wieland**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welcher Grad der Konkretisierung einer Gefahr oder Bedrohung soll nach dem Willen der Bundesregierung vorliegen, um den Einsatz der Bundeswehr zu ermöglichen, und soll die Entscheidung darüber, ob polizeiliche Mittel ausreichen oder nicht, vom jeweiligen Bundesland oder durch einen Bundesminister getroffen werden?
14. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorbehalte hat die tschechische Regierung gegen die Zustimmung zum Richtlinienvorschlag zur europäischen „Blue Card“ auf der Sitzung des europäischen Rates der Justiz- und Innenminister am 26. September 2008 vorgetragen, und wie haben die deutsche Regierung und die übrigen Mitgliedstaaten auf die tschechischen Vorbehalte reagiert?
15. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor ihrem anstehendem Jahresbericht über die Menschenrechtslage in Deutschland für den UN-Menschenrechtsrat die Empfehlungen des ehemaligen Bundeskriminalamtmitarbeiters Dieter Schenk in seinem gerade erschienenen Buch „BKA – Polizeihilfe für Folterregime“ zur Verringerung dahingehender Praxis, u. a. Bundeskriminalamt und Bundesministerium der Verteidigung regelmäßig über geleistete Ausbildungs- bzw. Ausstattungshilfe an Staaten mit fragiler Menschenrechtslage berichten zu lassen, und welche sonstigen Maßnahmen wird die Bundesregierung selbst ergreifen, um Folterpraxis in anderen Staaten, deutsche Unterstützung dessen sowie Nutznießung an unter Folter erlangten Erkenntnissen zu vermeiden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

16. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar Enkelmann**  
(DIE LINKE.)
- Warum hat die Bundesregierung die bereits im Jahr 2004 gegebenen Empfehlungen der EU-Kommission zur Regulierung der Managergehälter bis heute nicht in nationales Recht umgesetzt, und wie wird sich die Bundesregierung verhalten, wenn die EU-Kommission, wie von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso angekündigt, erneut Vorschläge zur Regulierung von Managergehältern vorlegt (vgl. Gastbeitrag des EU-Kommissionspräsidenten im Handelsblatt, Ausgabe vom 1. Oktober 2008)?

17. Abgeordnete  
**Mechthild  
Dyckmans**  
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung mittlerweile die zunehmend kritische Haltung bezüglich der im von ihr vorgelegten Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz vorgesehenen Übernahme der anglo-amerikanisch geprägten Fair-Value-Bewertung anstelle des deutschen Vorsichtsprinzips, und teilt sie die Ansicht, dass aufgrund der Überlegenheit des deutschen Vorsichtsprinzips gegenüber dem Prinzip der Zeitwertbewertung dieses bewährte deutsche Prinzip nicht aufgeweicht werden sollte?
18. Abgeordneter  
**Jerzy  
Montag**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie kann bei Berücksichtigung der Tatsache, dass Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble nach Presseberichten bei einem neuen § 89a des Strafgesetzbuchs (StGB) auf die Notwendigkeit eines Anschlagsvorsatzes verzichten will, eine uferlose Ausweitung der Strafbarkeit von rechtsgutneutralen Handlungen beim neuen § 89a StGB vermieden werden, um dem vom Grundgesetz in Artikel 103 Abs. 2 und vom Bundesverfassungsgericht in seinen Entscheidungen zur Onlinedurchsuchung, zur Vorratsdatenspeicherung und zur automatisierten Kennzeichenerfassung jüngst hervorgehobenen Bestimmtheitsgrundsatz zu genügen?
19. Abgeordneter  
**Jerzy  
Montag**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung, dass der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, in einem Interview mit dem „Münchner Merkur“ in den letzten Tagen erklärt hat, dass eine Einigung mit der Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, erzielt wurde, während eine Sprecherin des Bundesministeriums der Justiz dem widersprach und erklärte, dass an einer Einigung noch gearbeitet wird, und ist angesichts dieser Differenzen mit einem Gesetzentwurf § 89a StGB neu zu rechnen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

20. Abgeordneter  
**Carl-Ludwig  
Thiele**  
(FDP)
- Wird die Hypo Real Estate (HRE) als im Dax geführte Bank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geprüft?

21. Abgeordneter  
**Carl-Ludwig Thiele**  
(FDP)
- Warum hat die Bundesregierung nach dem Erwerb der Deutschen Pfandbriefbank AG (DEPFA) durch die Hypo Real Estate nicht darauf gedrängt, dass die DEPFA von der BaFin geprüft wird?
22. Abgeordneter  
**Dr. Herbert Schui**  
(DIE LINKE.)
- Wie war die BaFin oder die Bundesregierung ggf. an der Prüfung der Bücher der Hypo-Real-Estate-Töchter durch die Deutsche Bank in der 40. Kalenderwoche beteiligt, bei der festgestellt wurde, dass das erste Rettungspaket nicht ausreicht, und wenn die BaFin oder die Bundesregierung nicht beteiligt war, warum nicht?
23. Abgeordneter  
**Dr. Herbert Schui**  
(DIE LINKE.)
- Wie möchte die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass sie ein „Konzept für ein strukturierteres Handeln“ plant, um „systemisch relevante Finanzinstitutionen“ zu retten, erreichen, dass die Kosten möglichst vollständig vom privaten Finanzsektor getragen werden, und in welchem Umfang?
24. Abgeordneter  
**Werner Dreibus**  
(DIE LINKE.)
- Welche in dem Schreiben von der BaFin und der Deutschen Bundesbank an den Bundesminister der Finanzen vom 29. September 2008 zum Rettungspaket für die Hypo Real Estate Holding genannte „namhafte“ Bank bewertete die nicht notenbankfähigen Sicherheiten der Hypo Real Estate Holding in Höhe eines Nominalwertes von 42 Mrd. Euro mit einem Beleihungswert von 15 Mrd. Euro?
25. Abgeordneter  
**Werner Dreibus**  
(DIE LINKE.)
- Wie wird für den Fall einer Überbewertung dieser Sicherheiten und hieraus resultierender Verluste die „namhafte“ Bank, die diese Bewertung vorgenommen hat, in die Verantwortung genommen, und wenn sie nicht in die Verantwortung genommen wird, warum nicht?
26. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Ist es zutreffend, dass die Schuldner der Hypo-Real-Estate-Tochter DEPFA BANK PLC Irland ausschließlich öffentliche Institutionen und Staaten sind, wenn nein, wer sind die nichtöffentlichen Schuldner der DEPFA BANK?

27. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Wie setzt sich das Geschäftsvolumen der DEPFA BANK im Hinblick auf die Bonität ihrer Schuldner zusammen, und wie hoch ist der Anteil der offenen Forderungen der DEPFA BANK gegen Schuldner hoher und höchster Bonität?
28. Abgeordnete  
**Kornelia Möller**  
(DIE LINKE.)
- Wer sind die größten Gläubiger der Hypo Real Estate Holding, deren Forderungen durch das Rettungspaket von nunmehr insgesamt 50 Mrd. Euro kurzfristig bedient werden können, und in welcher eigentumsrechtlichen Beziehung stehen diese Gläubiger zu den Banken, die an der Auffanglösung der Hypo Real Estate Holding beteiligt sind?
29. Abgeordnete  
**Ulla Lötzer**  
(DIE LINKE.)
- Welche Banken bzw. Institutionen stellen die 50 Mrd. Euro Liquidität im gesamten Rettungspaket für die Hypo Real Estate bereit, und welche Banken bzw. Institutionen bürgen aufgeschlüsselt nach Anteilen für diese Summe?
30. Abgeordnete  
**Ulla Lötzer**  
(DIE LINKE.)
- Welche Anteile haben die Banken bzw. Institutionen an der Bereitstellung von Liquidität und Bürgschaften aufgeschlüsselt nach dem ersten und zweiten Rettungspaket?
31. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Löttsch**  
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist die Provision, die die Hypo Reale Estate für die staatlichen Bürgschaften zahlen muss?
32. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Löttsch**  
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass die Aufsichtsräte der Hypo Reale Estate noch im Amt sind, und wenn ja, warum?
33. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Wann enden die durch den Bund im Zusammenhang mit der Auffanglösung der Hypo Real Estate Holding eingegangenen Bürgschaftsverpflichtungen?

34. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang hätte die private Altersvorsorge in Deutschland durch einen Zusammenbruch der Hypo Real Estate Holding Schaden genommen, und wäre im Falle einer Insolvenz der Hypo Real Estate Holding durch die Zertifizierungsvoraussetzungen der sog. Rieser-Rente sichergestellt gewesen, dass Riester-Anleger keine finanziellen Einbußen hätten hinnehmen müssen?
35. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, damit die Aussagen der Bundeskanzlerin am 5. Oktober 2008 („Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein“) und am 7. Oktober 2008 im Deutschen Bundestag („Diese Erklärung gilt“) nicht bloß politische Absichtserklärungen ohne realen Wert für die Sparerinnen und Sparer bleiben, sondern zu einer entsprechenden rechtsverbindlichen Garantieerklärung mit einem notfalls gegen den Bund einklagbaren Anspruch der betroffenen Bürgerinnen und Bürger werden, und wie sollen nach Auffassung der Bundesregierung Zahlungsverpflichtungen zulasten des Bundes, die dadurch in Milliardenhöhe entstehen können, bezahlt werden?
36. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist der Bestand privater Bankeinlagen, der von der Garantieerklärung der Bundeskanzlerin vom 5. Oktober 2008 erfasst wird, weil er über das Maß der bereits bestehenden Sicherungssysteme der privaten, genossenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Banken hinausgeht?
37. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Risiken für den Bundeshaushalt ein, die sich aus der Garantieerklärung der privaten Einlagen seitens der Bundeskanzlerin ergeben, und schließt die Bundesregierung weiterhin aus, diese Garantieerklärung durch Gesetz zu untermauern?
38. Abgeordnete  
**Christine Scheel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Auf welche rechtsverbindliche Art und Weise sichert die Bundesregierung die Sichteinlagen von Sparern bei den Banken, und welche Banken werden nicht berücksichtigt?

39. Abgeordnete  
**Christine Scheel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Anlageformen werden von der Garantieerklärung der Bundesregierung berücksichtigt, und welche Anlageformen sind ausgeschlossen?
40. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche präventiven Maßnahmen hat die Bundesregierung für den Fall ergriffen, dass es auf dem Kreditversicherungsderivatemarkt (credit default swaps – cds), der auf 54 Billionen US-Dollar geschätzt wird, zu einer krisenhaften Entwicklung kommt, wie sie aktuell in anderen Segmenten des Kapitalmarktes zu beobachten ist, und für wie wahrscheinlich hält es die Bundesregierung, dass die Finanzmarktkrise auf den Kreditversicherungsderivatemarkt übergreift?
41. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Änderungen beabsichtigt die Bundesregierung beim Biokraftstoffquotengesetz – insbesondere hinsichtlich der Beimischungsquote sowie der Steuersätze – für die einzelnen Biokraftstoffe für die nächsten Jahre?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

42. Abgeordnete  
**Petra Pau**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, welche Schritte die Deutsche Telekom AG unternommen hatte, nachdem ihr Datensätze über ihre 17 Millionen T-Mobile-Kunden (darunter u. a. prominente Mitglieder der Bundesregierung, des Zentralrats der Juden) entwendet wurden, um die Sicherheit und den Schutz der Privatsphäre ihrer Kunden zu gewährleisten, und ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die Daten, die die Deutsche Telekom AG für Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen sammelt, dort sicher aufbewahrt sind?
43. Abgeordnete  
**Silke Stokar von Neuforn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche politischen, rechtlichen und administrativen Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Abhandenkommen von mehr als 17 Millionen Kundendaten im Bereich der Mobilfunksparte T-Mobile, und wie beurteilt sie das Verhalten des Unternehmens, den Diebstahl privater Angaben wie Adressen, Geburtsdaten, Handynummern und teils

auch E-Mail-Adressen gegenüber den Betroffenen und den Aufsichtsbehörden zu vertuschen, obwohl diese Daten jahrelang von Unbefugten wie einem Erotikunternehmen gespeichert werden konnten (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 7. Oktober 2008)?

44. Abgeordnete  
**Silke Stokar von Neuforn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ab wann wurde die Bundesregierung über diese „Datenpanne“ informiert?
45. Abgeordnete  
**Elke Reinke**  
(DIE LINKE.)
- Auf welche Weise möchte die Bundesregierung auf die Energieversorgungsunternehmen einwirken, um einen vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, bereits mehrfach geforderten (Strom-)Sozialtarif für Haushalte mit geringem Einkommen durchzusetzen, und wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, eine wirksame Strompreisaufsicht mit Zuständigkeit bei den Ländern einzuführen, der gegenüber den Energieversorgungsunternehmen die Zusammensetzung aller Tarife offenlegen müssen?
46. Abgeordneter  
**Michael Leutert**  
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen hat die gegenwärtige Finanzkrise nach Ansicht der Bundesregierung auf die Finanzierung des Mittelstandes?
47. Abgeordneter  
**Michael Leutert**  
(DIE LINKE.)
- Hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanzkrise an ihrem Kurs fest, kleinen und mittleren Unternehmen eine Finanzierung mit Wagniskapital zu empfehlen und diese steuerlich zu fördern, und wie begründet sie ihre Antwort?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

48. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Was ist aus Sicht der Bundesregierung erforderlich, um den Menschen mit Conterganschädigungen die volle Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, umfassende medizinische Versorgung und angemessene Alterssicherung zu gewährleisten, und was wird die

Bundesregierung – auch mit Blick auf die Vorschläge und Forderungen aus der Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages zum Thema Contergan am 28. Mai 2008 – diesbezüglich in dieser Wahlperiode noch tun?

49. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)

Was unternimmt die Bundesregierung – auch mit Blick auf die Vorschläge und Forderungen aus der Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages zum Thema Contergan am 28. Mai 2008 – zur Verbesserung der Situation der Angehörigen von Contergangeschädigten, insbesondere hinsichtlich der Gewährleistung einer angemessenen Alterssicherung trotz erheblicher beruflicher Einschränkungen infolge der jahrzehntelangen Betreuung und Pflege ihrer Kinder?

50. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar Enkelmann**  
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem am 9. Oktober 2008 vom Europäischen Parlament gebilligten Bericht zur „Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU“ (2008/2034 INI), insbesondere hinsichtlich der in dem Bericht formulierten Ziele der EU-weiten Einführung von Mindestlöhnen und Mindesteinkommen?

51. Abgeordnete  
**Elke Reinke**  
(DIE LINKE.)

Welche politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der unter anderem am 5. Oktober 2008 im „FOCUS-Online“-Artikel „Kranken Hartz-IV-Empfängern drohen Kürzungen“ zitierten Studie („Was fehlt bei Hartz IV?“, Informationsdienst Soziale Indikatoren 40, Juli 2008, S. 7 ff.) von Bernhard Christoph vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), welches bekanntermaßen eine eigene Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit ist, und wie gedenkt die Bundesregierung Hartz-IV-Betroffenen zukünftig eine stärkere Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu garantieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

52. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung nicht den Vorschlägen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments folgen will, als Reaktion auf die Nahrungsmittelkrise in Entwicklungsländern überschüssige Gelder in Höhe von 1 Mrd. Euro aus dem Agrarhaushalt bereitzustellen bzw. eine Revision des Haushalts vorzunehmen, und inwiefern würden alternative Vorschläge der Bundesregierung auf Kosten anderer Projekte der deutschen oder europäischen Entwicklungszusammenarbeit gehen?
53. Abgeordnete  
**Dr. Christel Happach-Kasan**  
(FDP)
- Wie hoch waren die Überwinterungsverluste bei den Bienenvölkern nach dem Winter 2007/2008?
54. Abgeordnete  
**Dr. Christel Happach-Kasan**  
(FDP)
- Was waren die Ursachen für die Überwinterungsverluste?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

55. Abgeordneter  
**Jörn Wunderlich**  
(DIE LINKE.)
- Welche Übereinkünfte, Regelungen, Bedingungen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung für die Zahlung der von der Firma Grüenthal GmbH öffentlich zugesagten Zahlung von 50 Mio. Euro an die Conterganstiftung, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Summe, die die Firma Grüenthal GmbH davon wieder steuerlich geltend machen kann?
56. Abgeordneter  
**Jörn Wunderlich**  
(DIE LINKE.)
- Was wird die Bundesregierung tun, um die Zusammensetzung der Gremien der Conterganstiftung (zurzeit steht nur ein Sitz von 15 im Stiftungsbeirat den Betroffenen zu – er wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bestellt bzw. berufen) dahingehend zu verändern, dass künftig eine Mehrheit der Sitze von

Contergangeschädigten und ihren Verbänden selbst in Anspruch genommen werden kann?

57. Abgeordnete  
**Ina  
Lenke**  
(FDP)

Warum hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag bisher nicht den Bericht über die Auswirkungen des Bundeselterngeldgesetzes nach § 25 des Bundeselterngeld- und -Elternteilzeitgesetzes zugeleitet, der laut Gesetz bereits am 1. Oktober 2008 vorgelegt werden sollte, und bis wann gedenkt die Bundesregierung dies nachzuholen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

58. Abgeordneter  
**Dr. h. c. Hans  
Michelbach**  
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass der Bundesrechnungshof gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung lediglich durch seine Argumente und Empfehlungen auf ein wirtschaftliches und sparsames Handeln der Verwaltung hinwirken kann, und wenn ja, aus welchem Grunde wurde vor dem Hintergrund, dass der Bundesrechnungshof in seiner Prüfungsmitteilung vom 16. August 2007 einen vierstreifigen Ausbau der Bundesstraße 173 zwischen Lichtenfels und Kronach nicht in Frage gestellt, sondern lediglich eine Reduzierung des zunächst geplanten vierstreifigen Sonderquerschnitts 23 auf den Regelquerschnitt 20 vorgeschlagen hat, von Seiten des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung trotz dem Bundesrechnungshof gegenüber durch das Bundesministerium mitgeteilten Festhaltens am ursprünglich geplanten Sonderquerschnitt 23 die Baufreigabe für die Bundesstraße 173 in den Abschnitten zwischen Lichtenfels und Kronach noch nicht erteilt?

59. Abgeordneter  
**Dr. h. c. Hans  
Michelbach**  
(CDU/CSU)

Wann wird der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Baufreigabe für den Bau der Bundesstraße 173 zwischen Lichtenfels und Kronach bezüglich der bereits durch die Straßenbaubehörde geplanten Streckenabschnitte erteilen?

60. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen erklärt die Bundesregierung die Kosten für den Betriebsdienst sowie die Erhaltungsarbeiten, die beim konventionellen Bau der A-Modelle (Betreibermodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau) für die Konzessionsstrecke über den Konzessionszeitraum von 30 Jahren zu erwarten gewesen wären, für wettbewerbsrelevant (Antwort zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 16/10001), und aus welchen Gründen erklärt die Bundesregierung die voraussichtlichen Verkehrsstärken an mautpflichtigen Lkw über 12 Tonnen auf der Bundesautobahn 8 in den Jahren 2008, 2010, 2015, 2020, 2025 und 2030 für wettbewerbsrelevant (Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 16/10001)?
61. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen erklärt die Bundesregierung die Kosten, die beim konventionellen Bau der A-Modelle an den Bundesautobahnen 1 und 4 angefallen wären, für wettbewerbsrelevant (Antwort zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 16/10234), und aus welchen Gründen erklärt die Bundesregierung die zukünftigen Mauteinnahmen auf den A-Modell-Abschnitten der Bundesautobahnen 1 und 4 in fünf, zehn, 15, 20 und 30 Jahren für wettbewerbsrelevant (Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 16/10234)?